

Gemeinderäte geraten unter Druck

Reinach. Abstimmung zum Taunerhaus sorgte für Ärger im Einwohnerrat

BaZ 24.6.2009



Das Taunerhaus in Reinach. Sein Schicksal ist besiegelt, doch bewältigt scheint die Angelegenheit noch nicht. Foto Roland Schmid

ALEXANDRA BURNELL

Das Mitmachen von drei Gemeinderäten im Taunerhaus-Referendumskomitee verärgerte verschiedene Einwohnerräte. Diese fühlen sich von den Exekutivmitgliedern hintergangen.

Das Reinacher Stimmvolk hat sich letztes Wochenende gegen den Erhalt des Taunerhauses entschieden. Die Abstimmung sorgte an der Einwohnerratssitzung am Montag noch einmal für hitzige Diskussionen. Anlass gab die Inter-

pellation von Martina Schmid (SP), die eine Erklärung zum Verhalten des Gemeinderats forderte. Kritisiert wurden vor allem die drei Gemeinderäte Paul Wenger, Josef Küng und Franz Hartmann. Diese engagierten sich trotz dem Beschluss des Einwohnerrats für den Erhalt des Taunerhauses im Referendumskomitee. Das könne «schon fast als Vertrauensbruch angesehen werden», heisst es in der Interpellation. Sie sei davon ausgegangen, dass der Gemeinderat die Be-

schlüsse des Einwohnerrats respektiere und in der Öffentlichkeit vertrete, schreibt Schmid.

HINTERMANN'S KRITIK. Auch der Gemeinderat ist mit dem Vorgehen der Ratskollegen nicht einverstanden. «Es wirft kein positives Licht auf den Gemeinderat», sagte Gemeindepräsident Urs Hintermann. Der Gemeinderat als Gesamtbehörde müsse die Entscheidung des Einwohnerrats unterstützen. Als stimmberechtigte Bürger Reinachs sei es zwar den

einzelnen Gemeinderäten erlaubt, sich in einem Referendumskomitee zu engagieren. Allerdings hätten sie die Ratskollegen vorher darüber informieren müssen. «Solche Abweichungen erwecken den Eindruck, dass der Gemeinderat keine einheitliche Lösung gefunden hat», sagte Hintermann. Noch im Sommer wird die Exekutive deshalb die Situation intern bereden und «die Meinungsbildung verbessern, damit solche Situationen verhindert werden können».

Bei einigen Einwohnerräten scheint das Image des Gemeinderats aber bereits gelitten zu haben. Für Björn Hoffmann (FDP/GLP) machte die Interpellation die «unbehagliche politische Stimmung im Einwohnerrat deutlich». Er sei als Exekutivmitglied ein Vertreter des Volkes, verteidigt sich Franz Hartmann. «Das Referendum ist ein Instrument, durch das das Stimmvolk zu Wort kommen kann.» Und auch Ulrich Berger betont: Durch die Kritik am Referendum würden die «Nein-Wähler in eine Ecke gestellt».

WEITERE REFERENDEN. Die Befürchtung wurde mehrmals laut, dass auch andere Projekte der Gemeinde nun ins Wanken geraten könnten. «Es kommen wichtige Planungsprojekte auf uns zu, die zukunftsweisend für Reinach sind», sagte Urs Hintermann. Auch da seien bereits Referenden angedroht worden. Falls diese Projekte abgelehnt würden, drohe Reinach ein Entwicklungsstillstand.

Ein Referendum sei zwar ein demokratisches Mittel, es sollte aber nicht zur Verhinderungspolitik genutzt werden, warnte der Gemeindepräsident. In den letzten zehn Jahren sei jedes Referendum durchgekommen, «obwohl es zum Teil keine Alternativen gab». Als Beispiel nannte Hintermann die geplante Freizeitanlage Rainenweg, die durch ein Referendum verhindert wurde.

Björn Hoffmann forderte deshalb, im Einwohnerrat solle künftig wieder das Durchsetzen von politischen und nicht von eigenen Interessen im Zentrum stehen.